

Was kommt nach Menem?: die argentinischen Präsidentschaftswahlen vom 24. Oktober 1999

Nolte, Detlef

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Nolte, D. (1999). *Was kommt nach Menem?: die argentinischen Präsidentschaftswahlen vom 24. Oktober 1999*. (Brennpunkt Lateinamerika, 20). Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-443964>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>



BRENNPUNKT LATEINAMERIKA

POLITIK · WIRTSCHAFT · GESELLSCHAFT

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE HAMBURG

Nummer 20

29. Oktober 1999

ISSN 1437-6148

Was kommt nach Menem?

Die argentinischen Präsidentschaftswahlen vom 24. Oktober 1999

Detlef Nolte

In Argentinien hat ein Machtwechsel stattgefunden. Mit einem eindrucksvollen Wahlsieg hat Fernando De la Rúa von der Radikalen Partei die Peronisten abgelöst, die zehn Jahre die Regierung gestellt hatten. Der zukünftige Präsident steht weniger für völlig neue politische Inhalte als für einen neuen Politikstil. Die zukünftige Regierung tritt kein einfaches Erbe an. Die argentinische Wirtschaft befindet sich in einer Rezession, Armut und Arbeitslosigkeit haben in den vergangenen Jahren drastisch zugenommen. Im Abgeordnetenhaus verfehlte die Regierungskoalition knapp die absolute Mehrheit, im Senat verfügt die peronistische Opposition über eine deutliche Mehrheit. Eine Analyse des Wahlergebnisses und eine Einschätzung der zukünftigen Entwicklung Argentiniens muß mit einem Rückblick auf die beiden Präsidentschaften von Carlos Menem beginnen, die das Land grundlegend verändert haben. Der zukünftige argentinische Präsident muß an das Vermächtnis des „menemismo“ im Positiven wie im Negativen anknüpfen.

Ein Politikwissenschaftler kann das Ende der Amtszeit von Carlos Menem eigentlich nur bedauern – auch wenn er, wie der Autor, dessen Politik nur in Teilen positiv gegenübersteht. Die Wissenschaft verliert ein interessantes Studienobjekt für Strategien des Machterwerbs und des Machterhalts. Kein anderer zeitgenössischer argentinischer Politiker hat so wie er die Klaviatur politischer Macht – das Wechselspiel von Intrigen, Täuschungsmanövern und überraschenden Bündnissen – beherrscht. Er hat alle seine politischen Gegner bis zuletzt an die Wand gespielt. Es würde niemanden überraschen, wenn man später im Nachlaß von Carlos

Menem eine Ausgabe der politischen Schriften Machiavellis mit handschriftlichen Kommentaren des scheidenden Präsidenten finden sollte. Nun muß er die politische Hauptbühne – einstweilen oder auf Dauer – anderen überlassen.

Die Dekade des *menemismo*

Wenn Carlos Menem am 10. Dezember das Amt an seinen Nachfolger übergeben wird, hat er 10 1/2 Jahre die politischen Geschicke Argentiniens bestimmt – länger als jeder andere Präsident Argentiniens im 20. Jahrhundert. Unabhängig davon, wie man seine Amtszeit ab-

schließlich bewerten wird, kann man bereits jetzt festhalten, daß er die politische und wirtschaftliche Entwicklung Argentiniens in diesen Jahren entscheidend geprägt und das Land grundlegend verändert hat. Kaum ein Beobachter hätte 1989 geglaubt, daß der sonderbare *Caudillo* aus einer der unterentwickeltesten Provinzen Argentiniens, der Sohn syrischer Einwanderer, der noch im Wahlkampf mit buschigem Backenbart und weit aufgeknöpften Hemd um Stimmen geworben hatte, sich so lange an der Macht halten und ein derart verändertes Land hinterlassen würde.

Trotz – oder dank – Menem ist die Demokratie in Argentinien am Ende seiner beider Amtsperiode fester verankert als zuvor. Argentinien hat die längste kontinuierliche Demokratiephase in seiner Geschichte erlebt. In den Meinungsumfragen des „Latinobarómetro“ ist Argentinien neben Uruguay das lateinamerikanische Land, in dem die Bevölkerung die höchsten demokratischen Werte aufweist. Und es gibt keine nennenswerte Gruppierung, welche die Demokratie in Frage stellt. Bereits zum zweiten Mal nach der Rückkehr zur Demokratie erfolgt ein friedlicher Machtwechsel zwischen Regierung und Opposition.

Der Beitrag von Menem zur demokratischen Konsolidierung ist ambivalent. Er hat sich einerseits Verdienste bei der Festigung der Demokratie in Argentinien erworben, andererseits aber auch die demokratischen Institutionen durch seinen Politikstil belastet und ausgehöhlt. Nach dem Freiheitsindex von *Freedom House* wird Argentinien zwar als frei eingestuft, wird aber am Ende der Amtszeit von Menem deutlich schlechter bewertet als am Ende der Amtszeit von Alfonsín. Nach dem Index der Pressefreiheit von *Freedom House* wird das Land am Rio de la Plata 1999 nur als teilweise frei eingestuft.

Die Präsidentschaft seines Vorgängers Raúl Alfonsín (1983-1989) hatte mit einer Hyperinflation (von fast 5.000% zum Jahresende 1989) und sozialen Unruhen geendet, die zu einer vorzeitigen Amtsübergabe zwangen. Mit der erfolgreichen wirtschaftlichen Stabilisierungspolitik hat Menem einen wichtigen Beitrag zur Konsolidierung der Demokratie geleistet. Kern des vom damaligen Wirtschaftsminister Domingo Cavallo umgesetzten Reformprogramms war das Konvertibilitätsgesetz vom März 1991, mit dem die argentinische Währung im Verhältnis 1:1 an den US-Dollar gebunden wurde. Seit

1993 bewegt sich die Inflation im einstelligen Bereich und seit 1996 liegt sie unter 1%. Das Jahr 1999 endet vermutlich sogar mit einer Deflation bei den Verbraucherpreisen. Daneben führte die Regierung eine Politik der Außenöffnung (Zollsenkungen etc.) und Privatisierung von Staatsunternehmen durch. Auf den ersten Blick fällt die makroökonomische Bilanz der Regierungszeit Menem durchaus beachtlich aus. So wuchs das argentinische BIP im Jahresdurchschnitt 1991-1998 um 5,2%, nachdem es von 1981 bis 1990 im Jahresdurchschnitt um 0,7% geschrumpft war.

Während der Präsidentschaft Menems wurden zwei Akteure, die in der Vergangenheit häufig das politische System destabilisiert hatten, entscheidend geschwächt. Dies gilt einerseits für die peronistischen Gewerkschaften, die im Verlauf ihrer Entwicklung immer mehr von einer Interessenvertretung der Arbeitnehmer zu einem Machtkartell zur Selbstbereicherung verkommen waren. Diese hatten noch unter Alfonsín zu 13 Generalstreiks aufgerufen, stellen aber zum Ende der 90er Jahre keinen wichtigen Machtfaktor mehr dar. Dies ist auch darauf zurückzuführen, daß sich die Struktur der erwerbstätigen Bevölkerung verändert hat und traditionelle Schlüsselbranchen der Gewerkschaftsbewegung an Bedeutung verloren haben.

Die argentinischen Streitkräfte, die seit 1930 immer wieder in der Politik interveniert und die demokratische Entwicklung des Landes negativ beeinflußt hatten, haben gleichfalls an politischer Bedeutung verloren. Noch unter Alfonsín war es zu drei Meutereien von Truppenteilen gekommen. Menem begnadigte zwar die seit 1985 einsitzenden Juntageneräle, schlug jedoch die letzte Militärrebellion blutig nieder, kürzte die Militärausgaben auf drastische Weise, löste den militär-industriellen Komplex auf und ordnete die Streitkräfte eindeutig der zivilen Führung unter. Argentinien nimmt in diesem Bereich mittlerweile eine Vorreiterrolle in Lateinamerika ein.

Der Machtverlust der Streitkräfte hat die politische Aussöhnung mit Chile erleichtert. In der Amtszeit von Menem wurden alle noch ausstehenden Grenzkonflikte vertraglich oder durch Schiedsspruch geregelt. Die argentinische Regierung setzt sich darüber hinaus für vertrauensbildende Maßnahmen und eine engere Kooperation zwischen den Streitkräften in der Region ein.

Zu den positiven Legaten der Regierung gehört auch der außenpolitische Kurswechsel in Richtung einer eindeutigen Anbindung an die führenden Industrienationen und die westliche Staatengemeinschaft, wobei die Regierung Menem im Verhältnis zu den USA teilweise in ihrer Anlehnung an die Politik der regionalen Hegemonialmacht über das Ziel hinausschoß und dadurch die Beziehungen zu den lateinamerikanischen Nachbarländern belastete; zumal die USA gerne auf ihren argentinischen Verbündeten bei Streitfragen mit Lateinamerika (z.B. hinsichtlich der Kubapolitik) oder zur Dämpfung brasilianischer Hegemonialansprüche zurückgegriffen haben. Zuletzt sorgte 1999 die Bitte Menems an Clinton, in die NATO aufgenommen zu werden, für Verstimmungen bei den Nachbarn. 1997 war Argentinien bereits der Status eines besonderen Alliierten der USA zuerkannt worden. Argentinien beteiligte sich in den 90er Jahren häufig mit Truppenverbänden an Einsätzen der Vereinten Nationen zur Friedenssicherung und stellte im Golfkrieg – als symbolischen Beitrag – zwei Kriegsschiffe. In den USA und in internationalen Finanzkreisen wird Argentinien mittlerweile als verlässlicher außenpolitischer Partner wahrgenommen.

Die Regierung Menem unterstützte die wirtschaftliche Integration mit Brasilien, Paraguay und Uruguay in einem gemeinsamen Markt. Der MERCOSUR wird bisher als erfolgreiches Integrationsexperiment bewertet, auch wenn der Integrationsprozeß augenblicklich durch Handelskonflikte zwischen Argentinien und Brasilien belastet wird. Brasilien bleibt mit einem Anteil von ca. 30% wichtigster Handelspartner, und die argentinische Wirtschaft profitiert davon, daß der wirtschaftliche Abschwung in Brasilien weit geringer ausfiel, als noch zu Jahresbeginn prognostiziert worden war. Die politischen Beziehungen mit Paraguay durchlaufen zur Zeit gleichfalls eine Krise, weil die Regierung Menem dem Putschisten Lino Oviedo politisches Asyl gewährt.

Wo liegen die Schattenseiten der Regierungszeit von Menem? Es stellt sich die Frage, ob trotz der Außenöffnung und dem gewachsenen Gewicht ausländischen Kapitals in der argentinischen Volkswirtschaft bereits die Grundlagen für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum gelegt wurden. Seit Mitte der 90er Jahre – nach vier Jahren kräftigen Wachstums – unterliegt die argentinische Konjunktur großen Schwankungen, die zum Teil eine Folge der

großen Außenöffnung sind. So ging das BIP nach der Mexikokrise 1995 um -3,1% zurück, 1999 war als Folge der Asienkrise und der Entwicklungen im Nachbarland Brasilien ein erneuter wirtschaftlicher Einbruch zu verzeichnen, und für das kommende Jahr wird nur eine langsame Erholung prognostiziert. Die Auslandsverschuldung belastet weiterhin die argentinische Wirtschaft: Sie hat sich seit 1991 von ca. US\$ 60 Mrd. auf Mitte 1999 US\$ 140 Mrd. mehr als verdoppelt. Für den Schuldendienst (Zinsen und Tilgung) müssen mittlerweile 37% der Exporterlöse aufgewendet werden.

Die staatlichen Finanzen müssen konsolidiert werden, im laufenden Jahr wird die mit dem IWF vereinbarte Obergrenze des Defizits der öffentlichen Hand in Höhe von US\$ 5,150 Mrd. sicherlich übertroffen werden. Um das Planziel für das kommende Jahr – ein Defizit von höchstens US\$ 4,5 Mrd. – zu erreichen, sind große haushaltspolitische Anstrengungen notwendig. Problematisch bleibt die Lage der öffentlichen Finanzen in vielen Provinzen, in dem sich das beachtliche wirtschaftliche Gefälle innerhalb Argentiniens – zwischen Erster und Dritter Welt – widerspiegelt.

Zwar will keiner der führenden Politiker im bisherigen Oppositionslager zu den in der Regel ineffizienten und defizitären Staatsunternehmen zurückkehren, allerdings war der Privatisierungsprozeß mit vielerlei Unregelmäßigkeiten (und Korruptionsfällen) belastet. Häufig wurden private Monopole geschaffen oder sonstige ökonomische Vergünstigungen vergeben. Gegen letztere wird die zukünftige argentinische Regierung vorgehen müssen, um für mehr Transparenz und Wettbewerb in der argentinischen Wirtschaft zu sorgen.

Der Prozeß der wirtschaftlichen Umstrukturierung hat viele Arbeitskräfte freigesetzt, und es wurden nicht genügend neue Arbeitsplätze geschaffen. Die Arbeitslosenquote liegt im Jahresdurchschnitt seit 1994 über 10%, nach wirtschaftlichen Einbrüchen kann sie schnell die 15%-Marke überschreiten (so 1995/96 17%). Im August 1999 waren bereits wieder 14,5% Arbeitslosigkeit zu verzeichnen, weitere 14,9% der Erwerbstätigen gelten als unterbeschäftigt. Nach einer nationalen Umfrage (*Centro de Estudios Unión para la Nueva Mayoría*) vom Juli 1999 nannten 63% der Befragten die Arbeitslosigkeit als wichtigstes Problem Argentiniens, die Hälfte derjenigen, die über einen Ar-

beitsplatz verfügen, hatte Angst, diesen zu verlieren.

Während der Präsidentschaft von Menem sind Teile der einst breiten Mittelschicht verarmt. Insgesamt 10% der Bevölkerung machen heute die Ober- und obere Mittelschicht aus, weitere 10% können sich einen Lebensstandard wie in Spanien oder Griechenland erlauben. Von den restlichen 80% hat die Hälfte ungefähr einen Lebensstandard wie der Bevölkerungsdurchschnitt in Chile oder Brasilien, 30% wie in Peru oder Paraguay und 10% nähern sich dem durchschnittlichen Lebensniveau in Bolivien an. Im Verlauf der Präsidentschaft von Menem – allerdings auch schon in der Phase der Hyperinflation unter Alfonsín – hat der Anteil der Armen an der Bevölkerung zugenommen. Allein in der Hauptstadt und im Großraum Buenos Aires leben 3,2 Mio. Arme (27,2% der Bevölkerung von 11,8 Mio.). Als arm gilt in Argentinien eine vierköpfige Familie, die über weniger als US\$ 495 monatlich verfügt. Nach offiziellen Schätzungen gibt es in ganz Argentinien ca. 10 Mio. Arme (die Hälfte davon Kinder) – davon leben 3 Mio. in extremer Armut. Eine Studie der Weltbank nennt sogar eine Zahl von 13 Mio. Armen (36% der Bevölkerung).

Unter Menem hat sich ein Politikstil verfestigt, der die Macht im Amt des Präsidenten konzentriert und die politischen Institutionen persönlichen Interessen unterordnet. So hat Menem häufig und bis zuletzt am Kongreß vorbei – mit dessen stillschweigender Duldung – per Dekret regiert. Er hat versucht, sich eine hörige Justiz zu schaffen. Gleich zu Beginn seiner Amtszeit hatte er die Zahl der Richter am Obersten Gerichtshof erhöht und politische Günstlinge ernannt. Dies gilt auch für nachgeordnete Richterstellen. Seitdem hält ihm der Oberste Gerichtshof bei für die Regierung kritischen Rechtsfragen den Rücken frei.

1994 gelang es Menem durch massiven Druck – bis hin zu verdeckten Drohungen mit einem Verfassungsbruch – eine Reform der Verfassung durchzusetzen, die ihm die direkte Wiederwahl gestattete. Die Tatsache, daß er 1995 mit über 50% der Stimmen wiedergewählt wurde, kann als Belohnung für die erfolgreiche Stabilisierungspolitik angesehen werden. Menem hatte seine Anhänger vor allem in der Unterschicht und in der Oberschicht, die Mittelschichten unterstützten demgegenüber mehrheitlich die Opposition. Der nachfolgende Popularitätsverlust, der sich bereits 1997 bei den

Parlamentswahlen zeigte, ist auf die sozialen Probleme und die wachsende Unzufriedenheit mit dem vorherrschenden Politikstil zurückzuführen.

Unter Menem hat sich eine politische Herrschaftskultur etabliert, die persönliche Vorteilnahme aus politischen Ämtern als legitim oder schlimmstenfalls als Kavaliersdelikt versteht. In Pressekommentaren – wie etwa der „Neuen Zürcher Zeitung“ – wird Menem „ein selbst für lateinamerikanische Verhältnisse mitunter frivoler Lebensstil“ unterstellt. Eine führende Funktionärin hatte gleich zu Beginn der Amtszeit von Menem geäußert: „Ich will ein Land, in dem es ein Geschäft ist, Argentinier zu sein“. Nicht wenige Funktionäre haben die Politik zum Geschäft gemacht.

Es kann vor diesem Hintergrund nicht weiter verwundern, daß die Korruption nicht unter Kontrolle ist. Nach dem Korruptionsindex von *Transparency International* lag Argentinien 1999 an 71. Stelle unter 99 Ländern (je höher der Rang desto korrupter), und auf der Rangliste der Staaten nach dem Ausmaß der Gesetzlosigkeit des *World Economic Forum* wurde Argentinien gleichfalls im hinteren Bereich auf Platz 48 unter 59 Staaten eingestuft.

Kritisch zu bewerten ist die Bilanz im Bereich der inneren Sicherheit. In den vergangenen Jahren hat die (Gewalt-)Kriminalität deutlich zugenommen, in Meinungsumfragen erklären zwischen 30 und 40% der Befragten, daß sie oder Familienangehörige im vergangenen Jahr Opfer eines Verbrechens oder von Gewalt gewesen seien. Zugleich zeigt sich die Polizei wenig effizient, häufig korrupt und in mehreren spektakulären Fällen mit Verbrecherbanden liiert. Dies gilt vor allem für die Polizei der Provinz Buenos Aires, die bis heute nicht von der politischen Führung in ausreichendem Maße gesteuert und kontrolliert werden kann. Spektakuläre, politisch motivierte Verbrechen, wie die Ermordung des Journalisten José Luis Cabezas im März 1997 oder die beiden Anschläge auf die israelische Botschaft und ein jüdisches Gemeindezentrum (1992, 1994), die mehr als 100 Todesopfer forderten, konnten bis heute nicht vollständig aufgeklärt werden.

Der Wahlkampf: Austerität statt Frivolität

In gewisser Weise setzte der Wahlkampf bereits 1995 ein, da Menem nach seiner Wiederwahl eine erneute Kandidatur für das Jahr 1999 an-

strebte. Seitdem gelang es ihm, in regelmäßigen Zyklen mit dem Thema der „*re-reelección*“, d.h. der „Wieder-Wiederwahl“, die politische Diskussion zu steuern (und von anderen Themen abzulenken). Wenn es aus taktischen Gründen geboten schien, dementierte er derartige Ambitionen, um das Vorhaben zum gegebenen Zeitpunkt erneut aufzugreifen. Noch Anfang 1999 lief die Wiederwahlkampagne auf vollen Touren. Es gab Bestrebungen, durch den Obersten Gerichtshof die Verfassung – die in dieser Hinsicht eigentlich keine Zweifel erlaubte – in einer Weise auszulegen oder gar in Teilen für verfassungswidrig zu erklären, die Menem eine erneute unmittelbare Kandidatur erlaubt hätte. Allein die schlechten Sympathiewerte in den Meinungsumfragen und die Drohung seines innerparteilichen Hauptwidersachers, des Gouverneurs der Provinz Buenos Aires und prospektiven peronistischen Präsidentschaftskandidaten, Eduardo Duhalde, ein Plebiszit über die Wiederwahl abzuhalten, führten zum endgültigen Verzicht Menems auf eine Kandidatur. Dessen ungeachtet ließ der scheidende Präsident keine Gelegenheit aus, öffentlich kundzutun, daß er eigentlich der geeignetste Kandidat sei. Daneben versuchte er lange Zeit, unterschiedliche peronistische Politiker als potentielle Kandidaten gegeneinander auszuspielen, um möglichst lange die politischen Fäden ziehen zu können.

Vor diesem Hintergrund hatte der schließlich Mitte Juni 1999 nominierte Kandidat der peronistischen Partei keinen leichten Stand. Er mußte sich gegen Gegner in der eigenen Partei wehren und einen Wahlkampf im Schatten einer unpopulären Regierung führen. Der Spagat zwischen Loyalität zur Regierungspartei und eigenständigen Akzenten gegenüber der Regierungspolitik gelang nur selten. Zudem unterliefen ihm strategische Fehler. Sowohl die Ankündigung eines Schuldenmoratoriums als auch öffentlich geäußerte Vorbehalte gegen die Überfremdung der argentinischen Wirtschaft mobilisierten wenige zusätzliche Stimmen, weckten aber Ängste vor einer Rückkehr zu wirtschaftlicher Instabilität.

Der 58jährige Eduardo Duhalde, ein Jurist, hatte die entscheidende Phase seiner politischen Karriere Anfang der 80er Jahre begonnen, zunächst als Bürgermeister einer Großstadt im Großraum Buenos Aires, danach als Abgeordneter (1987) und Vizepräsident des Abgeordnetenhauses. Er unterstützte Menem bei den in-

nerparteilichen Wahlen, um dann 1989 als Vizepräsident zu kandidieren. 1991 trat er von diesem Amt zurück, um erfolgreich für den Posten des Gouverneurs der Provinz Buenos Aires zu kandidieren, vier Jahr später gelang ihm mit 64% der Stimmen die Wiederwahl.

Gegen die regierenden Peronisten hatte sich 1997 überraschend eine Allianz, die „*Alianza Trabajo, Justicia y Educación*“ aus Radikaler Partei (UCR = *Unión Cívica Radical*) und FREPASO (*Frente País Solidario*), einem Zusammenschluß von peronistischen Dissidenten und kleineren linken Parteien, gebildet, die die Peronisten bei den Parlamentsteilwahlen im Oktober 1997 mit 45,7% gegen 36,2% deutlich distanzierten. Der FREPASO hatte bei Präsidentschaftswahlen 1995 überraschend den zweiten Platz mit deutlichem Vorsprung vor der Radikalen Partei belegt, blieb aber außerhalb der Hauptstadt und Teilen der Provinz Buenos Aires nur schwach in der Wählerschaft verankert. Demgegenüber konnten sich die Radikalen von ihrem Tief bei den Präsidentschaftswahlen von 1995, als sie weniger als 20% der Stimmen erhalten hatten, langsam erholen. Damals bestraften die Wähler die UCR für die Absprache zwischen Alfonsín und Menem (den *Pacto de Olivos*), welche die Verfassungsreform und die Wiederwahl Menems ermöglicht hatte.

Ende 1998 setzte sich der Kandidat der Radikalen Partei, Fernando De la Rúa, in offenen *primaries* überraschend deutlich mit 64% zu 36% gegen die Kandidatin des FREPASO Graciela Fernández Meijide durch, die daraufhin für den Gouverneursposten in Buenos Aires kandidierte. Kandidat für das Amt des Vizepräsidenten wurde Carlos „Chacho“ Álvarez, ein ehemaliger Peronist und der bei weitem charismatischste Politiker des FREPASO.

Der 62jährige Fernando De la Rúa ist Jurist und war Professor für Strafrecht. Er kann auf eine lange politische Karriere in der Radikalen Partei zurückblicken. Bereits Mitte der 60er Jahre war er Mitarbeiter im Innenministerium der damaligen radikalen Regierung. 1973 kandidierte er – erfolglos – für das Amt des Vizepräsidenten und wurde erstmals in den Senat (für die Hauptstadt Buenos Aires) gewählt, wie erneut in den 80er und 90er Jahren. Seit 1996 ist er der erste direkt gewählte Bürgermeister von Buenos Aires. Die Radikale Partei ist nur ihrem Namen nach radikal, es ist eine bürgerliche Zentrumsparterie. In der Partei, in der es auch Anhänger einer engen Anbindung an die Sozia-

listische Internationale gibt, gehört De la Rúa eher zum rechten Flügel. Nach Ansicht von Mark Falcoff vom American Enterprise Institute würde er in den USA als „Bush Republikaner“ durchgehen. Nimmt man die überaus positiven Kommentare in der „Neuen Zürcher Zeitung“ zum Maßstab, so scheint er nicht all zu sehr vom Idealprofil eines Politikers in der Schweiz abzuweichen.

Als dritter Kandidat mit Aussichten auf einem nennenswerten Stimmenanteil war der ehemalige Wirtschaftsminister und Initiator der erfolgreichen Stabilisierungspolitik, Domingo Cavallo, mit einer eigens dafür gegründeten Partei ins Rennen gegangen. Cavallo war 1995 im Streit aus der Regierung ausgeschieden und hatte nachfolgend schwere Korruptionsvorwürfe gegen enge politische Vertraute von Menem und mit diesem befreundete Unternehmer erhoben. Er hatte gehofft, daß keiner der Kandidaten im ersten Wahlgang gewählt würde, um dann gegebenenfalls im zweiten Wahlgang die Rolle des „Königmachers“ zu spielen.

Auf der elektoralen Bühne hatte sich das Wahljahr für die Peronistische Partei zunächst nicht schlecht angelassen. Zu Beginn einer ganzen Serie von Wahlen auf Provinzebene (Gouverneure, Länderparlamente) konnten die Peronisten zunächst im Dezember 1998 die Wahlen in der wichtigen Provinz Córdoba gewinnen, die von der Radikalen Partei seit Mitte der 80er Jahre regiert wurde. Danach war sie bis Oktober 1999 bei 10 von insgesamt 15 Wahlen erfolgreich.

Anders sah es bei den Meinungsumfragen aus. Nachdem die beiden Spitzenkandidaten im Mai noch gleich auf gelegen hatten, konnte De la Rúa seit Ende Juli einen deutlichen Vorsprung von mehr als 10-Prozentpunkten konservieren und zeitweilig deutlich ausbauen.

Der Wahlkampf selbst – sieht man von der Endphase in der Provinz Buenos Aires ab – weckte keine großen Emotionen, Beobachter sahen darin auch ein Zeichen fortschreitender demokratischer Normalisierung und der Entemotionalisierung – vielleicht sogar einen Bedeutungsverlust – der Politik. Wer die Wahlen gewinnt, ist nicht mehr so wichtig wie noch zu Zeiten, als konkurrierende politische Subkulturen mit einem Alleinvertretungsanspruch um die Macht kämpften. Mittlerweile haben sich die Grundpositionen in zentralen politischen und wirtschaftlichen Fragen weitgehend angenähert.

Mit De la Rúa hat sich ein Politikertypus durchgesetzt, der sich deutlich von seinen beiden Vorgängern, Alfonsín und Menem, unterscheidet und auf einen Wandel in der politischen Kultur Argentiniens hindeutet. Verschiedene Kommentatoren sprachen bereits – vielleicht verfrüht – von einem „Ende der *Caudillos*“ bzw. der „Stunde der politischen Führer ohne Charisma“. Zweifelsohne symbolisiert der Wahlsieg von De la Rúa einen Wandel im politischen Stil. Der Unterschied zwischen dem soliden, eher langweilig wirkenden Ex-Bürgermeister von Buenos Aires und dem politischen Unterhaltungskünstler Menem könnte nicht drastischer ausfallen. Nicht zuletzt dieser Unterschied im politischen Habitus erklärt den Wahlsieg. De la Rúa selbst hat den Vorwurf der „Langweiligkeit“ selbstironisch zu Wahlwerbung („man sagt ich bin langweilig“) benutzt. Die Wähler haben die politische Langeweile oder Seriosität der Mischung aus politischer Telenovela und Enthüllungsgeschichte, die sie in den vorausgegangenen Jahren erlebten, vorgezogen. Insofern war es folgerichtig und entsprach dem Zeitgeist, daß De la Rúa auf der Abschlußkundgebung im Wahlkampf ankündigte: „Wir werden diesem Fest für wenige ein Ende setzen ... Wie sind die moralische Kraft gegenüber der Frivolität und der Täuschung“.

Der Wahlausgang

Am 24. Oktober wurden der Staatspräsident (und sein Vizepräsident), die Hälfte der Abgeordneten (130) des Nationalparlamentes sowie die Gouverneure, Legislativen und Bürgermeister von sechs Provinzen – darunter die größte Provinz Buenos Aires – gewählt. Nicht zur Wahl standen die Senatoren. Nach der neuen Verfassung von 1994 entsendet jede Provinz unabhängig von der Bevölkerungszahl drei Senatoren in die zweite Kammer (zwei für die Mehrheitspartei, einen für die zweitstärkste Gruppierung). Bisher wurden die Senatoren fast durchgehend von den Provinzparlamenten (für neun Jahre) gewählt. Nach den Übergangsartikeln der neuen Verfassung werden zum 9. Dezember 2001 die Mandate aller Senatoren auslaufen, im Oktober 2001 werden ihre Nachfolger in direkter Wahl bestimmt, die nachfolgend alle zwei Jahre jeweils zu einem Drittel neu gewählt werden (dann für eine Amtszeit von sechs Jahren). Bei den Präsidentschaftswahlen reicht im ersten Wahlgang eine Mehrheit von

mehr als 45% oder von mindestens 40% der Stimmen und einem Vorsprung von mindestens 10%-Punkten gegenüber dem Zweitplatzierten. Sollten diese Mehrheiten nicht erreicht werden, ist eine Stichwahl vorgesehen.

Das Ergebnis der Präsidentschaftswahlen brachte keine Überraschung. De la Rúa siegte mit einem deutlichen Vorsprung bereits im ersten Wahlgang, die Peronisten erreichten ihr bisher schlechtestes Ergebnis bei Präsidentschaftswahlen.

Ergebnis der Präsidentschaftswahlen vom 24. Oktober 1999	
Kandidaten	Stimmen in %
Fernando de la Rúa (Alianza)	48,5
Eduardo Duhalde (PJ)	38,1
Domingo Cavallo (AIAC-Rep)	10,1
Sonstige	3,3
Wahlbeteiligung	80,5
ungültige Stimmen/ leere Stimmzettel	4,0

Bei den Peronisten setzte unmittelbar nach den Wahlen der Streit über die Ursachen der Niederlage ein. Während der unterlegene Kandidat Duhalde sich selbst nicht als Verursacher der Wahlniederlage sah („dieses Mal bin ich nicht der Vater der Niederlage“) und die Regierungspolitik und die innerparteilichen Intrigen um die „re-reelección“ dafür verantwortlich machte, erklärte Carlos Menem: „Ich sage dies ohne Hochmut. Wäre ich Kandidat gewesen, hätte ich mit Leichtigkeit gewonnen“. Diese Behauptung läßt sich mit Umfrageergebnissen in keinerlei Weise untermauern, bei Parlamentswahlen 1997 hatten die Peronisten nur 36% der Stimmen erreicht. Insofern ist eher der Replik von Duhalde zuzustimmen, daß mit einem Kandidaten Menem die Wahl mit einem noch größeren Desaster geendet hätte.

Zu den Wahlsiegern kann sich der drittstärkste Kandidat, der ehemalige Wirtschaftsminister Domingo Cavallo, zählen, dessen *Acción por la República* sich mit 10,1% als dritte Kraft im Parteienspektrum etabliert hat und deren 12 Abgeordnete bei Abstimmungen im Abgeordnetenhaus eine wichtige Rolle als Mehrheitsbeschaffer spielen können. Mit 53 Jahren ist Cavallo immer noch relativ jung. In einem Interview nach den Wahlen erklärte er, daß seine zukünftigen präsidentiellen Ambition

en auf das Jahr 2007, d.h. auf die übernächsten Wahlen, ausgerichtet seien. Es ist nicht auszuschließen, daß er im kommenden Jahr für das Amt des Bürgermeisters von Buenos Aires kandidieren wird; zumal er in der Hauptstadt mit einem Stimmenanteil von 16,2% sein bestes Ergebnis erzielte.

Bei den gleichzeitig abgehaltenen Parlamentsteilwahlen, bei denen 116 von 257 Sitzen erneuert wurden – weitere 14 waren bei Wahlen auf Provinzebene (in fünf Provinzen) im Verlauf des Jahres 1999 vergeben worden – gewann das Regierungsbündnis 18 Sitze hinzu, die Peronisten verloren 20 Sitze. Mit insgesamt 124 Sitzen verfehlten die Regierungsparteien knapp die absolute Mehrheit. Nach der argentinischen Verfassung können Parlamentsitzungen nur bei Anwesenheit von mindestens der absoluten Mehrheit der Abgeordneten bzw. Senatoren abgehalten werden. Es gehört zu den parlamentarischen Gebräuchen in Argentinien, daß die Opposition – als eines ihrer Mittel, um politischen Einfluß auszuüben – durch Verweigerung des notwendigen Quorums die Gesetzgebungsinitiativen der Regierung blockiert. Es ist allerdings wahrscheinlich, daß im Konfliktfall kleinere Provinzparteien oder die Partei von Cavallo die notwendigen Stimmen beisteuern werden, um eine ordnungsgemäße Sitzung abhalten zu können.

Zusammensetzung des argentinischen Abgeordnetenhauses 1999-2001	
Partei/Parteibündnis	Sitze
Alianza	124
Partido Justicialista	99
Acción por la República	12
Provinzparteien	21
Sonstige	1
Insgesamt	257

Während es bei den Präsidentschaftswahlen keine Überraschungen gab, nahmen die in sechs Provinzen parallel abgehaltenen Wahlen für Gouverneursposten und die Provinzlegislativen teilweise einen überraschenden Ausgang. In zwei Provinzen – in Mendoza und Entre Ríos –, die zuvor von Peronisten regiert worden waren, konnten sich im Sog des Wahlsieges von De la Rúa Kandidaten der Allianz durchsetzen, in zwei Provinzen konnten die Peronisten, in einer die Radikale Partei ihre Gouverneursposten verteidigen. In einer weiteren Provinz muß

die Auszählung wiederholt werden, bisher scheint der peronistische Kandidat zu gewinnen.

Überraschend war der Wahlausgang in Buenos Aires, der wirtschaftlich und nach der Bevölkerung wichtigsten argentinischen Provinz. Dort leben fast 40% der Wähler. Die Meinungsumfragen hatten ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen dem Peronisten, Carlos Ruckauf, und der Spitzenkandidatin der *Alianza*, Graciela Fernández Meijide, vorausgesagt. Noch am Wahltag hatten Umfragen nach der Stimmabgabe Fernández Meijide in Front gesehen. *De facto* setzte sich aber Carlos Ruckauf überraschend deutlich mit 48,3% gegen 41,4% der Stimmen durch. Im Parlament der Provinz Buenos Aires hat allerdings die *Alianza* eine Mehrheit.

Ruckauf, der seine Karriere als Anwalt für die peronistischen Gewerkschaften begonnen hatte, war vor 1976 Arbeitsminister und unter Menem Innenminister und Vizepräsident gewesen. In der Endphase hatte er einen äußerst aggressiven Wahlkampf geführt. Er bezeichnete die Allianz als „Brückenkopf der marxistischen europäischen Sozialdemokratie“ in Argentinien und versuchte, seine Gegenkandidatin mit den Attributen „atheistisch, antichristlich und für die Abtreibung“ abzuqualifizieren. Ruckauf erklärte, daß zukünftig wieder ein Polizist die verrufene Polizei der Provinz kontrollieren solle, und sprach sich für einen rigiden Schußwaffengebrauch gegenüber vermuteten Kriminellen („man muß den Kriminellen eine Kugel verpassen“) aus. Vermutlich hat diese auf die konservative Wählerschaft ausgerichtete Kampagne seinem rechten Gegenkandidaten Luis Patti, einem ehemaligen Polizisten, gegen den Verfahren wegen der Folterung und Ermordung von Häftlingen eingeleitet worden waren, Stimmen abgenommen. Darüber hinaus profitierte Ruckauf von der Unterstützung durch die Partei von Cavallo.

Insgesamt zeigte sich bei den Wahlen am 24. Oktober eine Tendenz zum Stimmensplitting, von dem beide großen politischen Lager profitierten. Die Parteibindung hat abgenommen, dem Profil des einzelnen Kandidaten bzw. der einzelnen Kandidatin kommt bei der Wahlentscheidung größeres Gewicht zu. Möglicherweise entscheidet sich – nach den negativen Erfahrungen übermäßiger Machtkonzentration unter Menem – ein Teil der Wähler bewußt für eine Machtdiffusion, indem er bei Provinz-, Präsidentschafts- und Parlamentswahlen unter-

schiedliche politische Gruppierungen unterstützt.

Perspektiven: Cohabitation, Haushalts-sanierung und moralische Erneuerung

Das Regieren wird dem neuen argentinischen Präsidenten nicht leicht gemacht werden. Er hat von der Vorgängerregierung soziale Probleme geerbt, die nicht schnell zu lösen sein werden. Die Regierung Menem hat ihm außerdem einen zerrütteten Staatshaushalt hinterlassen. Notwendige Konsolidierungsmaßnahmen waren im Vorfeld der Wahlen unterlassen worden, statt dessen hatte die scheidende Regierung – auch gegen den Widerstand des Wirtschaftsministers – noch schnell Wohltaten an die Gewerkschaftsbürokratie und dem Präsidenten am Herzen liegende Provinzen (wie seine Heimatprovinz La Rioja) verteilt. Der zukünftige Wirtschaftsminister befürchtet ohne entsprechende Gegenmaßnahmen einen Anstieg des Haushaltsdefizits für das kommende Jahr auf fast US\$ 10 Mrd. De la Rúa hat unmittelbar nach den Wahlen ein „*gobierno austero*“ angekündigt, für eine aktive Sozialpolitik werden jedoch zunächst kaum Ressourcen zur Verfügung stehen. Als Zeichen für die zukünftige Regierungspolitik kündigte er bereits den Verkauf des umstrittenen, äußerst luxuriös ausgestatteten Präsidentenflugzeuges an, das Menem angeschafft hatte.

Die neue Regierung verfügt über keine parlamentarische Mehrheit: Im Abgeordnetenhaus liegt sie knapp unter der absoluten Mehrheit, im Senat werden die Peronisten bis 2001 über eine deutliche Mehrheit verfügen. Die aktuelle Sitzverteilung lautet: Peronisten 35, Provinzparteien 11, FREPASO 1, UCR 20 Senatoren. Die politische Kräftekonstellation im Parlament macht Kompromisse mit der Opposition notwendig. Argentinien wird mindestens bis zum Jahresende 2001 – wenn Parlamentstewahlen anstehen und der Senat in seiner Gesamtheit erneuert wird – eine Periode der „*cohabitation*“ bzw. des „*divided government*“ durchleben. Während sich derartige Konstellationen in Lateinamerika in früheren Perioden häufig destabilisierend auf die Demokratie auswirkten, sind die demokratischen Institutionen mittlerweile so gefestigt – dies gilt auch für Argentinien –, daß eine Politik der Suche nach tragfähigen, d.h. mehrheitsfähigen Kompromis-

sen auf keine unüberwindbaren Hemmnisse stoßen dürfte.

Die inneren Spannungen im Lager der Peronisten könnten nach einem optimistischen Szenario Präsident De la Rúa das Regieren erleichtern. Sie könnten allerdings auch verbindliche Verhandlungen mit der Opposition erschweren. Unmittelbar nach der Amtsübergabe an De la Rúa wird bei den Peronisten der Kampf um die Nominierung für das Jahr 2003 beginnen. Alberto Kohan, Staatssekretär im Präsidialamt und enger Vertrauter von Carlos Menem, äußerte in einem Interview mit „La Nación“ Mitte Oktober: „Am 10. Dezember werden wir die Regierung übergeben, am 11. werde ich Urlaub nehmen und am 12. werde ich mit dem Wahlkampf für die Rückkehr Menems im Jahr 2003 beginnen“. Menem selbst sieht sich als säkularisierter Heilsbringer und verkündete einen Tag später, daß man 2003 möglicherweise sagen werde: „Im vierten Jahr ist er wieder auferstanden“. In einem anderen Interview nach der Wahl sagte er, „die Geschichte hat bereits ihr Urteil über mich als ein guter Präsident gefällt“. Bereits einen Tag nach der Wahl wurden in Buenos Aires Plakate für die Kandidatur Menems im Jahr 2003 geklebt.

Im Vorfeld der Wahlen gab es bereits Kommentare, die in Carlos Menem einen der Wahlsieger sahen, auch wenn er gar nicht kandidierte. Statt dessen werde er Nutznießer der Wahlniederlage des peronistischen Kandidaten sein. Insofern kann es auch nicht verwundern, daß Menem noch vor Schließung der Wahllokale als erster peronistischer Politiker De la Rúa zu seinem Wahlsieg gratulierte. In den Tagen nach der Wahl zeigte sich der scheidende Präsident außerordentlich gelöst und gut gelaunt. Es fragt sich, ob es nur Chuspe ist, daß sich Menem von jeglicher Verantwortung für die Wahlniederlage frei spricht, oder sich darin bereits erste Anzeichen für einen Realitätsverlust nach zehn Jahren Präsidentschaft abzeichnen. Bereits im Vorfeld der Wahlen hatte sich Menem bis zum Jahr 2001 im Parteivorsitz der Peronistischen Partei bestätigen lassen. Über die peronistischen Senatoren besitzt er einen Hebel, um der Regierung Zugeständnisse abzurufen und sich selbst vor der Untersuchung möglicher Korruptionsvorwürfe während seiner Amtszeit zu schützen.

Der unterlegene Gegenkandidat der Peronisten, Eduardo Duhalde, wird es schwer haben, Menem Widerstand entgegen zu setzen und ein

politisches *Comeback* zu versuchen. Mehr Gefahr droht Menem von populären, bei Wahlen erfolgreichen peronistischen Gouverneuren, wie Carlos Reutemann in Santa Fé, José Manuel de la Sota in Córdoba und Carlos Ruckauf in Buenos Aires, die ihm sicherlich nicht ohne Widerstand das politische Feld überlassen werden, zumal sie in ihren Provinzen über Pfründe verfügen, die sie im innerparteilichen Machtkampf einsetzen können. In den kommenden Jahren ist mit wechselnden Zweckbündnissen zwischen den genannten und möglichen zusätzlichen Akteuren in der Peronistischen Partei zu rechnen.

Auf der anderen Seite bleibt abzuwarten, ob die programmatisch heterogene Regierungskoalition zwischen UCR und FREPASO auf Dauer zusammenhalten wird, war doch die gemeinsame Gegnerschaft zu Menem der wichtigste Kitt. Zudem wurde durch den deutlichen Wahlsieg von De la Rúa und die gleichzeitige Niederlage von Fernández Meijide die Dominanz der Radikalen Partei im Regierungsbündnis zusätzlich verstärkt. Allerdings braucht De la Rúa bei den gegebenen Mehrheitsverhältnissen im Parlament die Unterstützung des FREPASO. Last not least stellt sich die Frage nach der Strategie der politischen Gruppierung von Domingo Cavallo, die nach allen Seiten für Absprachen offen zu sein scheint.

Die politischen Machtverhältnisse setzen auch der Korruptionsbekämpfung – soweit Maßnahmen der vorherigen Regierung betroffen sind – und dem Anspruch auf moralische Erneuerung Grenzen; zumal auch die Spitzen der Justiz mit Anhängern Menems besetzt sind. Vermutlich wird die neue Regierung den zuständigen Behörden und Institutionen signalisieren, daß sie an der Aufdeckung und Bestrafung von Korruptionsfällen interessiert ist, die von der Vorgängerregierung häufig gedeckt wurden. Ähnlich schwierig wird sich die Kriminalitätsbekämpfung und die Reform der Polizei gestalten, zumal für die größte Polizeitruppe, die der Provinz Buenos Aires, weiterhin ein peronistischer Gouverneur zuständig ist.

In der Wirtschaftspolitik sind keine grundsätzlichen Veränderungen zu erwarten. Die wirtschaftlichen Perspektiven sind allerdings alles andere als rosig. Im laufenden Jahr wird mit einem Rückgang des BIP um 3 bis 4% gerechnet, und für das kommende Jahre prognostizieren Experten bestenfalls ein schwaches Wachstum von 1-2%. Die Arbeitslosenquote wird nur langsam zurückgehen und auch das

Armutsproblem wird nur mittelfristig zu bewältigen sein.

Ein Problem wird die paritätische Anbindung an den US-Dollar bleiben. Die monetäre Zwangsjacke erhöht auch zukünftig die Verwundbarkeit Argentiniens gegenüber externen Schocks. Da die Nachbarländer im MERCOSUR – einschließlich Chile – flexible Wechselkurse bevorzugen, sind weitere Konflikte im MERCOSUR vorprogrammiert. Auch Kritiker der Dollarbindung konnten allerdings bisher noch kein überzeugendes Alternativkonzept vorlegen, mit dem die Auswirkungen auf die argentinische Volkswirtschaft in Grenzen gehalten werden (ein hoher Anteil der argentinischen Kredite wurden auf Dollarbasis abgeschlossen).

Auch in der Außenpolitik ist Kontinuität zu erwarten. Am wenigsten Veränderungen wird es im Verhältnis zu Europa und den asiati-

schen Ländern geben. Wahrscheinlich wird sich die zukünftige argentinische Regierung bei militärischen Einsätzen im Rahmen der Vereinten Nationen mehr zurückhalten. Und im Verhältnis zu den USA wird sie weniger blinde Gefolgschaft walten lassen. Dies gilt vor allem bei Themen, in denen die anderen lateinamerikanischen Länder eine Gegenposition zu Washington vertreten (z.B. in der Kubafrage). Gleichwohl legt die wirtschaftliche Verwundbarkeit es nahe, die Institutionen des „Washington Konsensus“, d.h. die amerikanische Regierung, den US-Kongreß und die in Washington ansässigen internationalen Finanzorganisationen nicht allzusehr zu verärgern. Auch in den Beziehungen zu den lateinamerikanischen Nachbarländern ist kein Kurswechsel zu erwarten, dem MERCOSUR wird weiter hohe außenpolitische Priorität zukommen.

Autorennotiz: Detlef Nolte, Politikwissenschaftler, Dr. phil., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Iberoamerika-Kunde. Länderschwerpunkte: Argentinien, Chile, Paraguay und Venezuela. Themenschwerpunkte: Demokratieentwicklung, Menschenrechte, Lateinamerika in der internationalen Politik. E-mail: detlef_nolte@public.uni-hamburg.de

Hugo Nochteff / Martín Abeles

**Economic Shocks without Vision.
Neoliberalism in the Transition of Socio-Economic Systems.
Lessons from the Argentine Case**

Frankfurt/Main: Vervuert 1999, 180 Seiten,
Schriftenreihe des Instituts für Iberoamerika-Kunde, Hamburg, Band 50
(im Druck)

Impressum: BRENNPUNKT LATEINAMERIKA erscheint zweimal im Monat und wird vom Institut für Iberoamerika-Kunde (IIK) in Hamburg herausgegeben. Das IIK bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Asienkunde, dem Institut für Afrika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut. Aufgabe des IIK ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Lateinamerika. Das Institut ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Redaktion: Detlef Nolte; Textverarbeitung: Ilse Heinbokel.

Bezugsbedingungen: DM 120,- p.a. (für Unternehmen und öffentliche Institutionen); DM 90,- (für Privatpersonen und Nichtregierungsorganisationen); DM 60,- (für Studierende und Erwerbslose). Für den Postversand wird ein zusätzlicher Betrag von DM 30,- erhoben. BRENNPUNKT LATEINAMERIKA kann auch zum Abopreis per E-mail bezogen werden.

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

Alsterglaci 8 · D-20354 Hamburg · Tel: 040 / 41 47 82 01 · Fax: 040 / 41 47 82 41

E-mail: iikh@uni-hamburg.de · Internet: <http://www.rrz.uni-hamburg.de/IIK>

Detlef Nolte/Nikolaus Werz (Hrsg.)

ARGENTINIEN

Politik, Wirtschaft, Kultur und Außenbeziehungen

Frankfurt/Main, Verlag Vervuert, 1996, 314 Seiten, DM 48,00,
Schriftenreihe des Instituts für Iberoamerika-Kunde, Hamburg,
Band 42, ISBN 3-89354-242-6

Argentinien hat sich seit dem Amtsantritt von Carlos Menem (1989) stärker verändert, als es die meisten Beobachter erwartet und für möglich gehalten hätten. In politischer, ökonomischer und sozialer Hinsicht fanden Weichenstellungen statt, die das Land auf lange Sicht prägen werden. Ob die Optimisten oder doch eher die Skeptiker recht behalten werden, was die Beurteilung der Menem'schen Politik anbelangt, wird sich erst in Zukunft zeigen. Interessant ist auf jeden Fall, wie am Ende des Jahrhunderts einige Weichenstellungen der argentinischen Geschichte im 20. Jhdt. revidiert wurden und sich wichtige politische und gesellschaftliche Akteure in neuen Bahnen bewegen oder sich in neuen Rollen zurechtfinden müssen. Insofern war es naheliegend, historische und gegenwartsbezogene Themen gemeinsam zu behandeln und zu verknüpfen. In dem vorliegenden Buch geht es folglich nicht nur um eine "Halbzeitbilanz" der Regierung Menem, sondern auch um eine Bestandsaufnahme der jüngeren Entwicklung Argentiniens und seiner Außenbeziehungen.

Das vorliegende Buch, das deutsche und argentinische Wissenschaftler aus unterschiedlichen Fachgebieten (Politikwissenschaft, Geschichte, Soziologie, Literaturwissenschaft) vereint, versteht sich als ein Beitrag zum besseren Verständnis der jüngeren Geschichte Argentiniens in Deutschland.

Aus dem Inhalt:

Detlef Nolte/Nikolaus Werz: **Einführung** / Tulio Halperín Donghi: **Die historische Erfahrung Argentiniens im lateinamerikanischen Vergleich**. Konvergenzen und Divergenzen im Laufe des 20. Jahrhunderts / Michael Riekenberg: **Historischer Diskurs und politische Öffentlichkeit** / Arnold Spitta: **Die Industrialisierungspolitik in den vierziger Jahren aus der Sicht des "Economic Survey"** / Peter Waldmann: **Anomie in Argentinien** / Karl Kohut: **Jenseits der Barbarei und des Schreckens. Die argentinische Literatur der Diktatur** / Detlef Nolte: **Ein neuer Perón? Eine Bilanz der ersten Präsidentschaft von Carlos Menem (1989-1995)** / Carlota Jackisch: **Die Verfassungsreform von 1994 und die Wahlen vom 14. Mai 1995** / Liliana de Riz: **Menem - zweiter Akt: Die Wiederwahl** / Dirk Messner: **Wirtschaftsstrategie im Umbruch**. Anmerkungen zu den ökonomischen und politischen Determinanten von Wettbewerbsfähigkeit / Christian von Haldenwang: **Der Anpassungsprozeß und das Problem der Legitimierung** / Hartmut Grewe: **Staat und Gewerkschaften** / Peter Birle: **Die Unternehmerverbände. Neue "Columna Vertebral" des Peronismus?** / Wolfgang Heinz: **Militär und Demokratie** / Sandra Carreras: **Die Entwicklung der Parteien seit Beginn der Demokratisierung. Eine Bilanz** / Cecilia Braslavsky: **Veränderungen im Erziehungswesen 1984-1995** / Klaus Bodemer: **Peripherer Realismus? Die Außenpolitik der Regierung Menem gegenüber Europa und den USA zwischen Kontinuität und Wandel** / Nikolaus Werz: **Die deutsch-argentinischen Beziehungen**.

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

Alsterglaciis 8, 20354 Hamburg, Tel. 040 / 41 47 82 27 - Fax 040 / 41 47 92 41

Institut für Iberoamerika-Kunde - Hamburg

Sandra Carreras

Die Rolle der Opposition im Demokratisierungsprozeß Argentiniens. Der Peronismus 1983-1989

Frankfurt/Main: Vervuert 1999, 340 Seiten, DM 56,00,
Schriftenreihe des Instituts für Iberoamerika-Kunde, Hamburg,
Band 49

Thema dieses Buches ist die Frage nach der Rolle des Peronismus im demokratischen Neuanfang Argentiniens zwischen 1983 und 1989. Damit wird erstmals der Versuch unternommen, Selbstverständnis und Verhalten dieser wichtigen politischen Kraft in einer sehr konfliktiven Phase ihrer Entwicklung systematisch zu durchleuchten. Über die Analyse des Fallbeispiels hinaus leistet die Untersuchung einen wertvollen Beitrag zum besseren Verständnis der Rolle der Opposition in Demokratisierungsprozessen, einem bis heute kaum beachteten Aspekt der Transitions- und Konsolidierungsforschung in Lateinamerika und anderswo. Die auf einer beeindruckenden Fülle von Dokumenten und Literatur basierende, begrifflich und sprachlich präzise Arbeit verbindet rigorose empirische Forschung und theoretische Reflexion zu einer fruchtbaren Synthese. Die Autorin widerlegt manche allgemein akzeptierten Annahmen bezüglich des Peronismus und der jüngeren Entwicklung der argentinischen Politik und kommt zugleich zu relevanten Schlußfolgerungen für eine überregionale Regimewechselforschung.

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

Alsterglaciis 8, 20354 Hamburg, Tel. 040/41 47 82 27 - Telefax 040/41 47 82 41
E-mail: iikhh@uni-hamburg.de - Internet: <http://www.rrz.uni-hamburg.de/IIK>